

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ralph Lenkert, Caren Lay, Herbert Behrens,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 18/10697 –

Abschaffung der Zeitumstellung

A. Problem

Abschaffung der EU-weiten verpflichtenden Zeitumstellung und Einführung der Mitteleuropäischen Sommerzeit (MESZ) für die Bundesrepublik Deutschland.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/10697 abzulehnen.

Berlin, den 29. März 2017

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/10697** wurde in der 225. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. März 2017 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Petitionsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ziel des Antrags der Fraktion DIE LINKE. ist die Abschaffung der EU-weiten verpflichtenden Zeitumstellung. Die Mitteleuropäische Sommerzeit (MESZ) soll für die Bundesrepublik Deutschland dauerhaft eingeführt werden. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. entspricht die im Vergleich zur astronomisch zutreffenden Standardzeit geforderte Verschiebung der Uhrzeit um eine Stunde nach vorne eher den in die zweite Tageshälfte hinein verschobenen Aktivphasen der soziokulturell geprägten Tagesrhythmen des größten Teils der Bevölkerung. Ein Einspareffekt der jetzigen Regelung sei nicht oder allenfalls marginal nachweisbar. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) habe in einer Analyse auf die Anpassungsschwierigkeiten bei vielen Menschen durch den geänderten Tagesrhythmus hingewiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Petitionsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10697 in seiner 81. Sitzung am 29. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/10697 in seiner 110. Sitzung am 29. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/10697 in seiner 115. Sitzung am 29. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/10697 in seiner 92. Sitzung am 29. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/10697 in seiner 108. Sitzung am 29. März 2017 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/10697 zu empfehlen.

Berlin, den 29. März 2017

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichterstatter

